



GRÜNE Schweiz
Raphael Noser
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

Raphael.noser@gruene.ch

031 326 66 07

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Per Mail:

info.cooperation@seco.admin.ch

Bern, 11. November 2025

Genehmigung des Abkommens zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit im Wiederaufbauprozess der Ukraine; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Grundsätzliche Zustimmung mit kritischen Vorbehalten

Die GRÜNEN begrüssen grundsätzlich die Genehmigung des vorliegenden Abkommens zwischen der Schweiz und der Ukraine über die Zusammenarbeit im Wiederaufbauprozess. Die GRÜNEN weisen seit Ausbruch des völkerrechtswidrigen Angriffs von Russland auf die Ukraine darauf hin, dass die Schweiz ihre Unterstützung für die Ukraine deutlich erhöhen und die Finanzierung der russischen Kriegsmaschinerie über die Schweiz endlich wirksam unterbinden muss. Der Grundsatzentscheid des Bundesrates, die Ukraine mit einem Hilfspaket von 5 Milliarden Franken zu unterstützen, geht denn auch massgeblich auf eine Forderung der GRÜNEN zurück.¹

¹ Siehe Motion 23.3255 (Walder): «[Unterstützungsprogramm für die Ukraine im Umfang von mindestens 5 Milliarden Franken für humanitäre Hilfe, den Schutz der Zivilbevölkerung, die Friedensförderung und den Wiederaufbau](#)».

Die GRÜNEN anerkennen ausdrücklich auch die Dringlichkeit, mit der die Ukraine Unterstützung benötigt. Die humanitäre und wirtschaftliche Lage im Land ist dramatisch, allein der Wiederaufbau für die Ukraine wird mittlerweile auf über 500 Milliarden US-Dollar geschätzt. Es ist darum folgerichtig, dass Schweiz mit dem vorliegenden Abkommen rasch einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft und zum Wiederaufbau leistet.

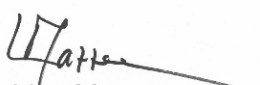
Die GRÜNEN anerkennen auch, dass Schweizer Unternehmen über wertvolle Expertise für den Wiederaufbau der Ukraine verfügen, etwa in den Bereichen Energie oder Wasserwirtschaft. Gleichzeitig stehen die GRÜNEN verschiedenen Aspekten des Abkommens, welche zum Teil auch auf die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz und ihrer Unternehmen ausgerichtet sind, kritisch gegenüber. Die GRÜNEN setzen sich dezidiert für eine entwicklungspolitisch motivierte Zusammenarbeit ein, zumal die vorgeschlagenen Finanzhilfen über die Mittel der Strategie Internationale Zusammenarbeit finanziert werden. Gleichwohl ist im Abkommen festgehalten, dass primär die Ukraine über ihren Wiederaufbaubedarf und den Bedarf für die durch das Abkommen finanzierten Güter und Dienstleistungen entscheiden kann (Art. 4 des Abkommens). Die vertraglich so festgehaltene Selbstbestimmung stellt eine Partnerschaft auf Augenhöhe sicher, weshalb die GRÜNEN dem Abkommen trotz der erwähnten Kritik zustimmen.

Positiv bewerten die GRÜNEN darüber hinaus auch die vorgeschlagenen Regelungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption (Art. 17) sowie die Regelungen zur nachhaltigen Entwicklung, Menschenrechten und arbeitsrechtlichen Fragen (Art. 16). Die GRÜNEN erwarten, dass diese Bestimmungen auch im Rahmen der Beschaffungsverfahren Anwendung finden und dass in diesen ein angemessener Prozentsatz an Eigenleistung definiert wird, welcher von den jeweiligen Unternehmen erbracht werden muss. Schliesslich beantragen die GRÜNEN, dass der Bundesrat dem Parlament bis spätestens Ende 2028 Bericht über die verwendeten Mittel sowie über die Auswirkungen der Hilfen auf die ukrainische Wirtschaft erstattet.

Eine Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine durch die Mittel der Strategie Internationale Zusammenarbeit lehnen die GRÜNEN weiterhin ab, wenngleich mittlerweile anderslautende Parlamentsbeschlüsse vorliegen. Für die Phase ab 2029 – und damit für die restlichen 3.5 Milliarden Franken der Ukraine-Hilfe – erwarten die GRÜNEN jedoch, dass der Bundesrat eine Finanzierung ausserhalb der IZA vorschlägt. Spätestens auf diesen Zeitpunkt hin sind zudem die Mittel für die Ukraine-Hilfe substanziell zu erhöhen, wobei auch die durch die Schweiz eingefrorenen Gelder der russischen Zentralbank verwendet werden sollen – wie dies die GRÜNEN seit langem fordern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse


Lisa Mazzone
Präsidentin


Raphael Noser
Leiter Bereich Politik